

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

entschuldigt fehlte Manuel Baruschke
Ausschussvorsitzender Marvin Hager
Stellv. Ausschussvorsitzende Christina Heide

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus
Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Anja Sanchez Mengeler

Mitglied AfD-Fraktion

entschuldigt fehlte Torsten Kastrioti

Mitglied Gruppe FDP/FW

entschuldigt fehlte Michael Kieseewetter

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Doris Voges

Ev.-luth. Kirche

entschuldigt fehlte Matthias Rensch

Freie Jugendhilfe

Stimmberechtigter Sachverständiger Andreas Koût
Stimmberechtigter Sachverständiger Rainer Lauermann
Stimmberechtigte Sachverständige Ilona Margowski-Möhlmann
beratendes Mitglied Dr. Eva Maria Haarmann
beratendes Mitglied Janine Caspers
beratendes Mitglied Ulrike Luhmann
beratendes Mitglied Gabriele Willich

beratendes Mitglied (Vertretung) Jasmin Meiners
entschuldigt fehlte Klaus Puschmann
entschuldigt fehlte Rüdiger Schaarschmidt
entschuldigt fehlte Niels Westerholt
entschuldigt fehlte Alexander Witton

Gleichstellungsbeauftragte

beratendes Mitglied Nicole Biela

Lehrervertreterin

entschuldigt fehlte Inga Schollenberger

Leiter des Jugendamtes

beratendes Mitglied Jörg Ratzmann

Protokollführer

Protokollführerin Blanca Homma

Röm.-kath. Kirche

entschuldigt fehlte Andreas Bolten

Stadtjugendpfleger

entschuldigt fehlte Jan Gerjets

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

entschuldigt fehlte Hildegard Biermann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 08.06.2022 sowie 14.09.2022
- 4 Vorstellung des Jugendamts: Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Impuls: Neustruktur Klassenassistenzen
 - 5.2 Budgetbericht – grober Überblick über den Sachstand 10/2022
 - 5.3 Kurzinformation zum Kinderarmutsbericht der niedersächsischen handlungsorientierten Berichterstattung (HSBN)
 - 5.4 Kurzinformation zum Sachstand der KiTa-Versorgung: Zahlen der „Unversorgten“ und Versorgung der ukrainischen Kinder
 - 5.5 Sachstand Kindertagespflege
 - 5.6 Information zur Neubesetzung der Stelle eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss
 - 5.7 Schellingstr. 15 - bauliches Ergebnis

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Hager eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hager ergänzt den TOP „Schellingstr. 15 – bauliches Ergebnis“ als Punkt 5.7. Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen vom 08.06.2022 sowie 14.09.2022

Die Genehmigung der Niederschrift vom 08.06.2022 erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Da das Protokoll vom 14.09.2022 nicht im RIS vorliegt, wird die Feststellung der Niederschrift auf die nächste Sitzung vertagt.

4 Vorstellung des Jugendamts: Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)

Herr Otto stellt dem Jugendhilfeausschuss das Arbeitsfeld der Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS), früher Jugendgerichtshilfe (JGH) vor. Für Jugendliche und ggf. junge Erwachsene im Alter von 14 bis 18 bzw. 21 Jahren gelte das Jugendstrafrecht, wobei anders als im Erwachsenenstrafrecht der Erziehungsgedanke im Vordergrund stehe. Aufgaben der JuHiS seien eine Beratung und Begleitung der Jugendlichen im Strafverfahren sowie eine erzieherische Einschätzung zur strafrechtlichen Verantwortung. Auch Projekt- und Gruppenarbeit gehöre zu den Aufgaben der JuHiS. Herr Otto sieht nicht nur das Ausloten von Grenzen als einen Grund für Jugendkriminalität, sondern auch Gesellschaftsmilieus und Perspektiven der Jugendlichen. Aktuell gewinne insbesondere das Thema Schulabsentismus an Relevanz.

Auf Nachfrage von Herrn Schaar erklären Herr Otto und Herr Ratzmann, das Jugendamt habe vier Mitarbeitende für den Bereich der JuHiS, wovon eine halbe Stelle vom Land gefördert werde. Herr Otto sieht Potentiale darin, ggf. mit weiteren Fördergeldern das Leistungsspektrum zu erweitern. Herr Schaar, Herr Koût und

Frau Stomberg stellen heraus, dass der Prävention und dem frühzeitigen Eingreifen bei Jugendkriminalität eine besondere Wichtigkeit zukomme.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Impuls: Neustruktur Klassenassistenzen

Herr Ratzmann erinnert daran, dass bereits im Frühjahr Herr Kurbjeweit das Projekt „Klassenassistenzen“ kurz vorgestellt habe. Aufgrund der steigenden Fallzahlen der Integrationshelfer nach § 35a SGB VIII an Schulen komme es vermehrt zu der Situation, dass in einer Klasse mehrere Kinder mit Schulbegleitung säßen. Die Schulbegleitung sei weiterhin häufig mit Stigmatisierung verbunden. Um dem entgegenzuwirken, seien im Zuge des Projekts an der Paul-Hug-Schule „Klassenassistenzen“ statt Integrationshelfern eingesetzt worden. Statt der individualpädagogischen Ausrichtung entspreche das Projekt dem Inklusionsgedanken. Das Projekt werde als sehr erfolgreich wahrgenommen. Da es sich um eine freiwillige Leistung handle, sei es wichtig, das Thema auch politisch zu diskutieren. In einer der kommenden Sitzungen werde Herr Kurbjeweit gemeinsam mit Vertretern der Paul-Hug-Schule näheres berichten.

5.2 Budgetbericht – grober Überblick über den Sachstand 10/2022

Herr Ratzmann stellt den aktuellen Budgetbericht des Jugendamtes in einem Kurzüberblick vor. Zwar sei die Einhaltung des Finanzbudgets weiterhin gefährdet, da eine Verschlechterung von etwa 1,6 Mio. € prognostiziert werde (für Details siehe PowerPoint-Präsentation in der Anlage). In den kommenden Sitzungen werde daher ebenfalls berichtet. Im Vergleich zum vergangenen Jahr sei dies jedoch eine deutlich positivere Bilanz. Das sei vor allem auf einen starken Sparkurs im Jugendamt mit Streichung vieler freiwilliger Leistungen zurückzuführen. Auf Nachfrage von Herrn Fischer erklärt Herr Ratzmann, dass keine klaren Prognosen gestellt werden können, da die vergangenen zwei Jahre nicht repräsentativ seien. Das Jugendamt rechne jedoch mit der angegebenen Verschlechterung. Langfristig sei es notwendig, die Haushaltsplanung an die tatsächlichen Bedarfe anzupassen. Für das kommende Jahr sei mit Fallzahlsteigerungen und Kostensteigerungen zu rechnen.

Unter Beteiligung von Herrn Prof. Dr. Weithöner, Frau Dr. Haarmann, Herr Koût und Frau Biela wird diskutiert, wie dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden könne. Frau Stomberg stellt einen Geschäftsordnungsantrag und erklärt, dass das Thema im Personalausschuss besprochen werden müsse und nicht den TOP Budgetbericht betreffe.

5.3 Kurzinformation zum Kinderarmutsbericht der niedersächsischen handlungsorientierten Berichterstattung (HSBN)

Frau Homma stellt einen Kurzüberblick über die prägnantesten Ergebnisse der handlungsorientierten Sozialberichterstattung im Hinblick auf Kinder und Jugendliche vor. Die Ergebnisse zeigen die besondere Relevanz armutssensiblen Handelns in Wilhelmshaven, wo besonders viele Kinder und Jugendliche von Armut

betroffen sind. Herr Ratzmann ergänzt, dass die Zahlen sich auf einen Zeitraum vor der aktuellen Energiekrise bezogen. Herr Hager und Herr Schaar bezeichnen die vorgestellten Daten als besorgniserregend.

5.4 Kurzinformation zum Sachstand der KiTa-Versorgung: Zahlen der „Unversorgten“ und Versorgung der ukrainischen Kinder

Herr Ratzmann stellt die aktuellen Zahlen der unversorgten Kinder aus dem KiTa-AV vor: Zum Stichtag 30.09.2022 wurden 213 Krippenplätze, 156 Kindergartenplätze und 19 Hortplätze gesucht. Etwa 60 Eltern suchen aktiv und melden sich in regelmäßigen Abständen. Aktuell seien neue Gruppen von AWO und WiKi in Planung, dazu kommen mehrere langfristige Planungen. Gehofft werde, dass mit der Installierung einer KiTa in der Peterstraße Defizite aufgefangen werden können. Es müsse jedoch weiterhin mit dem Wegfall mehrerer Gruppen in den folgenden Jahren gerechnet werden. Herr Hager informiert den Jugendhilfeausschuss, dass der Bau der KiTa Friedensstraße im GGS Wirtschaftsplan erneut nach hinten verschoben wurde. Er appelliert an den Rat, KiTa-Bedarfsplanung zu priorisieren. Herr Schönfelder ergänzt, dass das Projekt über eine Bauauftragsvergabe europaweit ausgeschrieben werde. Frau Heide bestärkt die Relevanz des Themas und betont, dass es sich um einen Rechtsanspruch handelt der auch eingeklagt werden könne. Herr Schaar, Herr Prof. Dr. Weithöner, Frau Sanchez-Mengeler, Frau Stomberg, Frau Meiners und Frau Dr. Haarmann diskutieren aktuelle Bedarfe.

5.5 Sachstand Kindertagespflege

Herr Ratzmann erklärt, dass das Jugendamt gerade an einer neuen Satzung arbeite und diese dem Ausschuss in den kommenden Sitzungen vorgelegt werde. Die drei fraglichen Punkte seien die Berücksichtigung von Krankheitstagen, die Betreuungszeiten sowie die Kostensätze. In der Zwischenzeit habe man die Satzungen der Nachbarkommunen angesehen und auch dort werde spitz abgerechnet. Das sei auch die Forderung des Rechnungsprüfungsamtes. Es soll jedoch dennoch eine begrenzte Berücksichtigung von Krankheitstagen stattfinden. Weiterhin werden die Empfehlungen des Landes Niedersachsen in der neuen Satzung berücksichtigt. Es müsse jedoch zwischen Großtagespflege und Tagespflege differenziert werden. Bei der Neuformulierung der Satzung sei das Jugendamt in stetigem Kontakt mit dem FaKiS und Kindertagespflegepersonen.

Frau Stomberg plädiert für eine finanzielle Wertschätzung der Arbeit. Herr Hager bittet um Abstimmung bezüglich des Rederechts für Frau Schneider. Diesem wird einstimmig zugestimmt. Frau Schneider erklärt, dass die Kommunen, die spitz abrechnen, bereits eine Abwanderung von Kindertagespflegepersonen verzeichnen. Sie bezeichnet die aktuellen Pläne als eine „gemauschte Pauschale“. Herr Ratzmann und Herr Schönfelder betonen ihr Bestreben, eine saubere und nachvollziehbare Regelung zu schaffen und bieten Gespräche an. Letztlich mache die Verwaltung lediglich einen Vorschlag, der von den Ausschüssen bewilligt werden müsse. Herr Suberg, Herr Hager und Frau Margowski-Möhlmann sehen Gesprächsbereitschaft und den gemeinsamen Willen für eine faire Lösung.

5.6 Information zur Neubesetzung der Stelle eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss

Frau Homma gibt bekannt, dass Herr Westerholt seinen Rücktritt aus dem Jugendhilfeausschuss erklärt habe. Ab sofort nehme sie daher Vorschläge für eine Neubesetzung entgegen. Herr Westerholt sei von der freien KiTa-AG vorgeschlagen worden, ein Nachfolgevorschlag sei jedoch nicht eingegangen. Ein zugeordnetes Vorschlagsrecht bestehe nicht, jeder könne Vorschläge einreichen.

Frau Meiners erklärt, dass sie als Vertretung für Herrn Westerholt im Ausschuss sei und die freie KiTa-AG Anfang des kommenden Jahres einen neuen Vorschlag einreichen wolle. Bis dahin werde sie als Stellvertretung teilnehmen.

5.7 Schellingstr. 15 - bauliches Ergebnis

Herr Hager zieht den Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wieder zurück.

Herr Hager schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:55 Uhr.

gez.

Erster Stadtrat
Schönfelder

gez.

Vorsitzender
Hager

gez.

Protokollführerin
Homma